

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— **erscheint an jedem Werktag** —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pulsnitz: Die 41 mm breite Zeile (Roffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pulsnitz, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pulsnitz; amtlich 1 mm 30 Pulsnitz und 24 Pulsnitz; Reklame 25 Pulsnitz. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwanngswieser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt  
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von G. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 130

Freitag, den 7. Juni 1929

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Nächsten Montag, den 10. Juni, abends 1/9 Uhr findet in der Schule ein

### Elternabend

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wichtige Bestimmungen aus der Ortschaftsordnung.
2. Wandertage a. Gesehliche Bestimmungen.  
b. Lichtbilder zum Schulwandern.

Zum Besuche der Veranstaltung wird hierdurch herzlich eingeladen.

7. 6. 1929.

Volksschule zu Pulsnitz

Mittwoch, den 12. Juni 1929 öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses  
vormittags 9,15 Uhr  
im Gemeindeamt Brettnig. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.  
Amtshauptmannschaft Ramenz, am 5. Juni 1929.

haben im **Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg**

## Das Wichtigste

Der türkische Außenminister trat in einer Unterredung mit Pressevertretern für den Abschluß eines Südbalkanbundes als Gegenstück zur Kleinen Entente ein.  
Nach einer Meldung aus Athen hat Ministerpräsident Benizelos den Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts mitgeteilt. Admiral Konduriotis hat den Rücktritt angenommen und Benizelos gleichzeitig mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Die neue Regierung wird wahrscheinlich schon am Freitag den Eid ablegen.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Die Eltern der Volksschüler) werden auf die amtliche Einladung zum Elternabend hingewiesen. Es gibt einige für Eltern sehr wichtige Bestimmungen der Ortschaftsordnung, die nicht genügend bekannt sind und die deshalb einmal vorgetragen werden sollen. Die Ausführungen über Wandertage bringen schöne Lichtbilder aus der Umgebung von Pulsnitz und auch einige aus Pulsnitz und von hiesigen Kindern.

(Achtung! Blitzgefahr!) Die kürzlichen heftigen Hagengewitter haben eine Probe der kommenden Sommergewitter gegeben, so daß einige Ratschläge angebracht sind. Bei heftigen Gewittern soll man sich im Innern von Gebäuden fernhalten von Außenwänden, Schornstein, Defen, Metallleitungen und sonstigen elektrischen Apparaten soll man nicht zu nahe kommen. Ein Versuch, zu telefonieren, ist gefährlich. Allein stehende Gebäude ohne Blitzableiter und solche, in die der Blitz schon öfter eingeschlagen hat, soll man ebenfalls meiden. Fernhalten muß man sich ferner von hochgelegenen Punkten, alleinstehenden Bäumen, Türmen, Aussichtspunkten, Ufern, Waldrändern usw. Der Blitz bevorzugt bei seiner Bahn Anhäufungen von Menschen oder Tieren. Eine besonders bevorzugte Bauart ist nicht bekannt. Den einzig wirksamen Schutz bilden sachgemäß angelegte Blitzableiter, die um diese Zeit möglichst von Fachleuten nachzusehen sind. Radioantennen müssen selbstverständlich gedreht sein, ein Abhören bei Gewitter verbietet sich von selbst.

(Der Verband der Friedensrichter Sachsens, Kreis Bauzen) hielt am Sonnabend auf Einladung des Kreisvertreters Friedensrichter Oberlehrer R. Seidel, Sohland a. d. Spree, erstmalig in Zittau unter zahlreicher Beteiligung eine Zusammenkunft ab. Es wurden wichtige Fragen erörtert, u. a. wurde beschlossen, die Amtsgerichtsbezirke Zittau, Großschönau, Ostitz und Reichenau, denen 40 Friedensrichter unterstehen, in einem Bezirk zu vereinen und diese einem Bezirksleiter zuzuteilen. Der Bezirksleiter wurde einstimmig in der Person des Lokalrichters Kurt Stecker in Zittau, Goldbachstraße 36 b, gewählt. Ferner wurde beschlossen, halbjährlich eine Zusammenkunft unter Leitung des Bezirksleiters zwecks Erörterung beruflicher Fragen abzuhalten. Der Dank des Kreisvertreters Seidel, Sohland, bildete den Schluß der anregenden Zusammenkunft. Die mit ministerieller Genehmigung angefertigten, mit dem sächsischen Wappen versehenen Amtsschilder können von Friedensrichter Kurt Stecker, Zittau, Goldbachstraße 36 b, gegen Erstattung der Kosten in Empfang genommen werden.

**Ramenz.** (Auf dem gestrigen Wochenmarkt) kosteten u. a. Blumenkohl 70—100, Spinat 20, Weißtraut 35, Möhren 25, rote Rüben 30, Sellerie 70, Kapuzinchen 30, Bohnen 75, Zwiebeln 25, Treibhausgurken 40—80, Spargel 60—130, Rhabarber 15, Tomaten, holl. 120—130, Äpfel 35 (ausländische 60—70), Kirichen 100 Pfg., das Pfund, Staudensalat 8—15 Pfg., Kohlrabi 20, 25 und 30 Pfg., das Stück, Rabieschen und weiße Rettiche 10—12 Pfg., das Stück.

## Die Minderheitenfrage vor dem Völkerbundrat

Beginn der 55. Ratstagung in Madrid

Der Marinehaushalt vom Haushaltsausschuß angenommen. Antrag zur Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate abgelehnt

**Madrid.** Die Tagung des Völkerbundesrates, die jetzt in Madrid beginnt, wird aufs neue die Kämpfe aufleben lassen, die unter Führung Deutschlands, der Niederlande und Kanadas für das Recht der Minderheiten und gegen ihr Unrecht ausgefochten werden. Wichtig genug, um die Teilnahme des deutschen Außenministers an dieser Tagung notwendig zu machen. Der Völkerbund selbst hat die Minderheitenverträge, die einmal zwischen den früheren Alliierten und Polen abgeschlossen wurden, zur Grundlage seiner Politik der Minderheitenfrage gemacht und hat damit anerkannt: das Recht auf die Nationalität, den Schutz von Leben, Freiheit und religiösen Kultus, das Recht auf Sprache, Schule und Kultur. Gut und schön. Aber was nützt es, wenn diese Grundsätze nicht zur Durchführung kommen? Was nützt es, wenn der Völkerbund nicht aus eigener Machtvollkommenheit darüber wacht, daß diese Grundsätze auch in der Praxis anerkannt und dienlich gemacht werden? Der Kampf um das Minderheitenrecht ist gerade in dieser Frage ein Kampf um die Autorität des Völkerbundes geworden.

Die erste nicht öffentliche Sitzung des Komitees, die am Donnerstag vormittag begann, war der offiziellen Bekanntgabe des Chamberlain-Berichtes gewidmet. Der englische Vertreter Graham verlas ein Abschiedstelegramm Chamberlains, worin dieser sein Bedauern ausdrückt, daß seine Mitarbeit im Völkerbund nicht mehr möglich sei. Ad a t s h i wies in seiner Ansprache auf den maßgebenden Einfluß Chamberlains auf die Entstehung des Londoner Minderheitenberichtes hin, der durch das ständige Eingreifen Chamberlains seine jetzige Form erhalten habe. Das Komitee nahm dann die Verlesung des Londoner Minderheitenberichtes vor und vertagte die Diskussion auf Freitag vormittag.

## Besprechung Dr. Strefemanns mit den Reparationsfachverständigen.

**Paris.** Außenminister Dr. Strefemann traf auf seiner Reise nach Madrid am Donnerstag mittag in Paris ein. In seiner Begleitung befanden sich Staatssekretär Pünder und Ministerialdirektor Zechlin. Der Reichsminister verließ Paris bereits wieder mit dem Abendzug 8.40 Uhr, um sich zur Ratstagung nach Madrid zu begeben.

Während seines Pariser Aufenthaltes, der knapp sieben Stunden dauerte, nahm Dr. Strefemann Wohnung in der deutschen Botschaft. Um 1/5 Uhr hatte der deutsche Botschafter die in Paris weilenden Sachverständigen zum Tee geladen. Dr. Strefemann hatte anschließend längere Besprechungen mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, Geheimrat Kasel und Dr. Melchior.

## Zwischen Reparations- und Sachverständigen-Konferenz.

Verhandlungen in der Pause.

**Paris.** Während der Sachverständigenkonferenz im wesentlichen die Haupttrichlinien der kommenden Reparationsregelung enthält, bleibt es die Aufgabe der Reparationskonferenz, den neuen Reparationsverträgen die feste Form zu geben. Um die Vorschläge für die Reparationskonferenz festzustellen, werden in der Pause zwischen der Sachverständigenkonferenz und der Reparationskonferenz in einzelnen Ausschüssen, die paritätisch besetzt werden sollen, die Einzelheiten der kommenden Regelung formuliert werden, und zwar handelt es sich dabei u. a. um das Statut der Reparationsbank, um die Transzferfragen, um die Ab-

lösung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen sowie um alle die Gesetzesänderungen der Dawesgesetze, die jetzt nötig werden, weil der Abbau aller in den Dawesgesetzen vorgesehenen Kontrollen stattfindet.

Das Gutachten der Sachverständigen ist am Donnerstag vormittag fertiggestellt worden. Am Nachmittag fand eine Vollsitzung sämtlicher Sachverständigen statt.

### Wie die Deute verteilt werden soll.

Der „Petit Parisien“ will berichten können, daß die Verteilung der Durchschnittsannuität des Young-Planes von 1988,8 Millionen Reichsmark unter die Gläubigerstaaten in dem Bericht der Sachverständigen festgesetzt wird; und zwar sollen entfallen auf Frankreich 1039, England 418, Italien 211, Belgien 115, Vereinigte Staaten 66, Japan 13 Millionen Reichsmark. Der Rest werde zu verschiedenen Prozentsätzen auf Südslawien, Rumänien, Griechenland, Polen und Portugal verteilt.

## Verbindlichkeitserklärung des Eisenbahn-Schiedsgerichts.

Woher kommt die Deckung für die Mehrausgaben?

**Berlin.** Der Reichsarbeitsminister hat am Donnerstag den im Lohnstreit der Reichsbahn vom Schlichter gefällten Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die Reichsbahnarbeiter wird sich die Reichsbahngesellschaft unverzüglich mit dem Reichskabinett wegen der Deckungsfrage in Verbindung setzen. Die Reichsbahn vertritt nach wie vor entschieden den Standpunkt, daß keine neue Ausgabe ohne entsprechende Deckung erfolgen darf. Die neue Belastung, die die Reichsbahn durch diesen Schiedspruch erfährt, wird unter Hinzuziehung der entstehenden sozialen Lasten auf insgesamt rund 50 Millionen veranschlagt. Von den verschiedenen Deckungsmöglichkeiten kommt in erster Linie ein

### Verzicht des Reiches auf den überschüssigen Teil der Verkehrssteuer

in Betracht, die vom Reich zu einem feststehenden Teil von 290 Millionen für Reparationszwecke verwendet wurde. Der Steuerertrag belief sich aber im vorigen Jahr auf insgesamt 320 Millionen Mark. Im laufenden Jahre wird dieser Betrag auf Grund der Einführung des Zweiklassen-systems noch höher veranschlagt. Es wird angenommen, daß, wenn das Reich auf den die Summe von 290 Millionen Mark übersteigenden Teil der Verkehrssteuer verzichtet, die Reichsbahn in der Lage sein wird, die Lasten des neuen Schiedspruches zu tragen.

## Der Marinehaushalt vom Haushaltsausschuß angenommen

Antrag zur Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate abgelehnt

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm in seiner Abend Sitzung am Donnerstag den gesamten Marinehaushalt ohne Änderung an. Der Antrag der Kommunisten auf Streichung der zweiten Rate des Panzerkreuzers wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Da von den bürgerlichen Regierungsparteien vier Mitglieder fehlten wurde die Ablehnung des Antrages nur dadurch ermöglicht, daß sich drei Vertreter der Sozialdemokraten der Stimme enthielten.





